

Bundeskanzleramt

Bundeskanzler Friedrich Merz

Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin



21.4.2026

Whatever it takes

Die Bundesregierung und die Landwirtschaft

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrter Herr Merz,

aufgrund der vollmundigen Ankündigungen vor der Wahl – etwa: schneller Bürokratieabbau, 1,5 Milliarden Euro für den tierwohlgerechten Stallbau - haben viele Bauern 2025 der CDU/CSU noch einmal ihr Vertrauen geschenkt. Sie wurden enttäuscht, ähnlich wie die große Mehrheit der Bundesbürger, die sich laut einer Forsa-Umfrage unzufrieden mit Ihrer Arbeit zeigen. Der Journalist Gabor Steingart fasst es zusammen: *Beim Volk ist Kanzler Merz genauso unbeliebt wie unter den Wirtschaftsführern*. Die FREIEN BAUERN ergänzen: Auch die Landwirte machen da keine Ausnahme.

Wo stehen wir derzeit?

Der bürokratische Aufwand für landwirtschaftliche Betriebe ist erheblich und nimmt ständig zu. Der Eindruck drängt sich auf, dass mit immer neuen Verordnungen ein aufgeblähter Verwaltungsapparat beschäftigt wird. Der versprochene Bürokratieabbau - Fehlanzeige!

Ja, der Wolf ist jetzt im Jagdrecht. Doch in den Ländern geschieht leider nichts, um die dringend notwendige Regulierung des Wolfbestandes durchführen zu können. Ergebnisse, Fehlanzeige!

Der Milchmarkt ist zugunsten der Verarbeiter gestaltet. Er funktioniert nicht nach den üblichen Maßstäben der Wirtschaft, in denen Mengen und Preise vertraglich zwischen den Partnern festgelegt werden. Eine Senkung des Milchpreises zulasten der Bauern ist jederzeit möglich. Genossenschaftsverbände, die dem Bauernverband angehören, verhindern dabei aus eigenem Interesse faire Lösungen. Gerechte Preisgestaltung, Fehlanzeige!

Ein Handelsabkommen nach dem anderen wird mit überseeischen Ländern geschlossen – auf Kosten der heimischen Landwirtschaft. Ware mit minderer Qualität wird eingeführt und konkurriert mit unseren hochwertigen Produkten auf dem Markt. Fazit: Einheitliche Standards für den Verbraucherschutz und faire Wettbewerbsbedingungen für deutsche Bauern: Fehlanzeige!

Herkunftskennzeichnung für Agrarprodukte im Interesse der Verbraucher – Fehlanzeige!

Schutz für die Autoindustrie, negative Folgen für die Landwirtschaft: Höhere Zölle auf chinesische E-Autos provozierten Gegenmaßnahmen aus China, nämlich höhere Zölle auf Schweinefleisch. Unterstützung für den Agrarsektor? Fehlanzeige!

Ein wirksamer Schutz vor ausländischen Flächenkäufen besteht nach wie vor nicht. Kaum ein anderes Land lässt dies in vergleichbarer Weise zu – Deutschland schon. Eine Eindämmung des „Landgrabings“: Fehlanzeige!

Die Bauern sind ein zentraler Teil der Volkswirtschaft, ihre Rechte und Pflichten sind seit Jahrzehnten im Landwirtschaftsgesetz geregelt. Doch die Anwendung des Landwirtschaftsgesetzes in der Praxis – Fehlanzeige!

Die Schere öffnet sich weiter: Der Abstand zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist bereits gefährlich groß. Niemand profitiert von den Riesen-Margen außer den mächtigen Oligopolen des LEH auf dem Lebensmittelmarkt. Eine angemessene Teilhabe der Bauern am Gewinn? Fehlanzeige!

Was zeichnet uns – die FREIEN BAUERN – aus?

Die Freien Bauern vertreten bäuerliche Familienbetriebe – unabhängig von Parteien, offen für unterschiedliche Meinungen und ohne jemandem nach dem Mund zu reden. Damit ecken wir mitunter an, verstehen das aber auch als wichtigen Beitrag Denkanstöße zu geben.

Die FREIEN BAUERN sind der Ansicht:

- Pflanzenschutz sollte nach dem Prinzip erfolgen: so wenig wie möglich, so viel wie nötig – um rückstandsarme, gesunde Lebensmittel zu erzeugen. In Deutschland gelten dafür sehr strenge Anforderungen, was im Sinne des Gesundheitsschutzes auch richtig ist. Umso widersprüchlicher ist es, dass gleichzeitig Import-Ware zugelassen wird, die diesen Standards nicht entspricht. Gilt der Schutz der Verbraucher weniger, sobald die Produkte aus dem Ausland kommen?
- Stichwort Nitrat: Für gesundes Pflanzenwachstum brauchen Kulturen Nährstoffe aus Düngern – auch Nitrat –, das in der Pflanze in wertvolle Eiweiße und Proteine umgewandelt wird. Die Kreislaufwirtschaft ist dabei ein wesentlicher Bestandteil bäuerlichen Handelns; die sachgerechte Pflanzenernährung durch Düngung gehört dazu.
- Stichwort CO₂: Durch intensives Pflanzenwachstum wird CO₂ gebunden und Sauerstoff erzeugt, der von Lebewesen wieder zu CO₂ veratmet wird. Wer Landwirtschaft pauschal als Klimaproblem darstellt, blendet diesen natürlichen Kreislauf, der seit jeher besteht, aus.
- Die Naturwiederherstellungsverordnung steht auf tönernen Füßen – zu viele Fragen sind offen, unter anderem ist die Finanzierung nicht geklärt. Vor allem aber bleibt unklar: Was genau soll wiederhergestellt werden, und welche „unberührte“ Natur dient dabei als Maßstab?
- Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gehört zur grundlegenden Daseinsvorsorge und ist von zentraler Bedeutung. Eine zu große Abhängigkeit von Importen birgt dabei erhebliche Risiken. Mit großer Sorge beobachten wir Bauern, dass ähnliche

Abhängigkeiten nicht nur im Bereich der Ernährung entstehen, sondern auch in anderen sensiblen Bereichen wie Gesundheit, Arzneimitteln und Energie – und dort teils ebenso fahrlässig in Kauf genommen werden.

- Zuckermarkt, Getreide, Kartoffeln, Obst und tierische Erzeugnisse – Kern-Bereiche der Landwirtschaft geraten durch steigende Importe massiv unter Druck. Die heimische Produktion wird dadurch mehr und mehr infrage gestellt.

Was fordern wir Landwirte von der Politik?

Mehr Verantwortung und überzeugenden Einsatz für die Landwirtschaft: Denn Bauern sind gezwungen, wirtschaftlich zu handeln – oft unter schwierigen Bedingungen. Sie stehen unter dauerhaftem Druck, ihre Ausgaben immer wieder kritisch zu prüfen, weil sie jederzeit mit steigenden Abgaben und neuen Verordnungen rechnen müssen. Diese Unsicherheit zwingt sie zu besonderer Disziplin und Vorsicht im Umgang mit ihren finanziellen Mitteln.

Umso unverständlicher erscheint es, dass genau diese strengen Maßstäbe nicht gleichermaßen für die Regierung gelten. Während von jedem wirtschaftenden Betrieb erwartet wird, effizient zu arbeiten und seine Ausgaben kontinuierlich zu hinterfragen, fehlt dieser Anspruch offenbar auf staatlicher Ebene. Was ist das für eine Wirtschaftspolitik, wenn Ausgaben dort nicht regelmäßig auf den Prüfstand gestellt werden? Die Regierung fordert zu Recht von Bürgern und Unternehmen verantwortungsbewusstes Wirtschaften – sie sollte diesen Anspruch auch selbst erfüllen und ein Vorbild sein.

Marktwirtschaft predigen, aber Sozialismus anwenden, indem man den Betrieben auferlegt, die teure Energiesituation mit 1.000 Euro pro Mitarbeiter aufzufangen – das ist eine untragbare Verschiebung der Verantwortung.

Das Vertrauen in eine leistungsorientierte Gesellschaft wird durch politische Entscheidungen zunehmend erschüttert. Wenn Einsatzbereitschaft, eigenverantwortliches und wirtschaftliches Handeln nicht mehr anerkannt oder gefördert werden, entsteht der Eindruck, dass Leistung an Bedeutung verliert.

Gerade Bauern verkörpern diese Werte in besonderer Weise. Sie sind es gewohnt, rund um die Uhr Verantwortung zu tragen – für ihre Tiere, ihre Felder und ihre Betriebe. Ihre Arbeit kennt keine festen

Arbeitszeiten; sie richtet sich nach den Erfordernissen von Natur und Jahreszeiten. Dabei müssen die Landwirte nicht nur wirtschaftlich denken und handeln, sondern sich auch ständig an die Bedingungen der Natur anpassen. Dieses Zusammenspiel aus Verantwortungspflicht, Einsatzbereitschaft und Anpassungsfähigkeit – verbunden mit der persönlichen Haftung der Familienbetriebe – zeigt, wie stark der bäuerliche Alltag von Leistungsbereitschaft geprägt ist.

Ich wünschte mir, Sie würden als Regierungspolitiker mehr bäuerliche Tugenden zeigen. Denn während wir stets die Hofübergabe an die nächste Generation im Blick haben, scheint in Berlin die „Reiche Väter, arme Söhne“-Politik vorzuherrschen – als gäbe es kein Morgen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, reading "Alfons-Josef Wolff". The signature is written in a cursive, flowing style.

Alfons Josef Wolff

Bundessprecher der FREIEN BAUERN Deutschland